

27.10.2015

B8-1092/10

Änderungsantrag 10

Jan Philipp Albrecht

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Cornelia Ernst, Curzio Maltese, Josu Juaristi Abaunz, Marina Albiol Guzmán,

Ángela Vallina, Javier Couso Permuy

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-1092/2015

Claude Moraes

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag

Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

1a. ruft die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, etwaige Strafanzeigen gegen Edward Snowden fallenzulassen, ihm in Anerkennung seines Status als Informant und international tätiger Menschenrechtsverfechter Schutz zu gewähren und folglich seine Ausweisung und Auslieferung durch Dritte zu verhindern;

Or. en

27.10.2015

B8-1092/11

Änderungsantrag 11

Jan Philipp Albrecht

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-1092/2015

Claude Moraes

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag

Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***8a. fordert, dass die TTIP-Verhandlungen
so lange ausgesetzt werden, bis der
Ausspähung der europäischen Wirtschaft
durch die USA ein Ende bereitet wird;***

Or. en

Änderungsantrag 12**Jan Philipp Albrecht**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-1092/2015****Claude Moraes**

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag**Ziffer 16***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

16. kritisiert, dass das Parlament keine formelle Mitteilung der Kommission über den Stand der Umsetzung der 13 Empfehlungen erhalten hat, obwohl die Kommission zugesagt hatte, diese Mitteilung bis Sommer 2014 vorzulegen; hebt hervor, dass die Kommission im Lichte der Entscheidung des EuGH, die Entscheidung 2000/520 für ungültig zu erklären, die bisherigen Verhandlungsergebnisse und die Auswirkungen des Urteils auf die angekündigten weiteren Verhandlungen nun dringend gründlich prüfen muss; ersucht die Kommission, umgehend Überlegungen anzustellen, welche Alternativen es zum Safe-Harbor-Grundsatz gibt und wie sich das Urteil auf andere *unter die Richtlinie 1995/46/EG fallende* Instrumente für die Übermittlung personenbezogener Daten in die USA auswirkt, und bis Ende 2015 darüber zu berichten;

16. kritisiert, dass das Parlament keine formelle Mitteilung der Kommission über den Stand der Umsetzung der 13 Empfehlungen erhalten hat, obwohl die Kommission zugesagt hatte, diese Mitteilung bis Sommer 2014 vorzulegen; hebt hervor, dass die Kommission im Lichte der Entscheidung des EuGH, die Entscheidung 2000/520 für ungültig zu erklären, die bisherigen Verhandlungsergebnisse und die Auswirkungen des Urteils auf die angekündigten weiteren Verhandlungen nun dringend gründlich prüfen muss; ersucht die Kommission, umgehend Überlegungen anzustellen, welche Alternativen es zum Safe-Harbor-Grundsatz gibt und wie sich das Urteil auf andere Instrumente für die Übermittlung personenbezogener Daten in die USA auswirkt, und bis Ende 2015 darüber zu berichten;

Or. en

27.10.2015

B8-1092/13

Änderungsantrag 13

Jan Philipp Albrecht

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-1092/2015

Claude Moraes

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag

Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag

Geänderter Text

***20a. erneuert seine Forderung nach der
Aussetzung des Abkommens über das
Programm zum Aufspüren der
Finanzierung des Terrorismus (TFTP);***

Or. en

27.10.2015

B8-1092/14

Änderungsantrag 14

Jan Philipp Albrecht

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Cornelia Ernst, Curzio Maltese, Josu Juaristi Abaunz, Marina Albiol Guzmán,

Ángela Vallina, Javier Couso Permuy

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag

B8-1092/2015

Claude Moraes

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag

Ziffer 38

Entschließungsantrag

Geänderter Text

38. bedauert, dass die Kommission nicht auf die Forderung des Parlaments eingegangen ist, eine Studie zu einem umfassenden europäischen Schutzprogramm für Informanten zu erarbeiten, und fordert sie auf, bis spätestens Ende 2016 eine **Mitteilung hierzu** vorzulegen;

38. bedauert, dass die Kommission nicht auf die Forderung des Parlaments eingegangen ist, eine Studie zu einem umfassenden europäischen Schutzprogramm für Informanten zu erarbeiten, und fordert sie auf, bis spätestens Ende 2016 eine **Richtlinie über ein Mindestmaß an Schutz für Informanten auf dem Gebiet der Nachrichtendienste in Europa** vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 15**Jan Philipp Albrecht**

im Namen der Verts/ALE-Fraktion

Cornelia Ernst, Curzio Maltese, Josu Juaristi Abaunz, Marina Albiol Guzmán,**Ángela Vallina, Javier Couso Permuy**

im Namen der GUE/NGL-Fraktion

Entschließungsantrag**B8-1092/2015****Claude Moraes**

im Namen des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres

Weiterbehandlung der Entschließung des Europäischen Parlaments vom 12. März 2014 zur elektronischen Massenüberwachung der Unionsbürger

Entschließungsantrag**Ziffer 41***Entschließungsantrag**Geänderter Text*

41. fordert die Kommission auf, Leitlinien für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten, aus denen hervorgeht, wie die Instrumente für die Erhebung personenbezogener Daten zur Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten, zu denen auch Terrorakte zählen, in Einklang mit dem Urteil des EuGH vom 8. April 2014 zur Vorratsdatenspeicherung zu bringen sind; verweist insbesondere auf die Randnummern 58 und 59 dieses Urteils, in denen eindeutig gefordert wird, Daten gezielt und nicht ungefiltert zu erheben;

41. fordert die Kommission auf, Leitlinien für die Mitgliedstaaten auszuarbeiten, aus denen hervorgeht, wie die Instrumente für die Erhebung personenbezogener Daten zur Verhütung, Aufdeckung, Untersuchung und Verfolgung von Straftaten, zu denen auch Terrorakte zählen, in Einklang mit dem Urteil des EuGH vom 8. April 2014 zur Vorratsdatenspeicherung zu bringen sind; verweist insbesondere auf die Randnummern 58 und 59 dieses Urteils, in denen eindeutig gefordert wird, Daten gezielt und nicht ungefiltert zu erheben; ***weist darauf hin, dass der EuGH in seinem Urteil vom 6. Oktober 2015 befand, massenhafte und wahllose Überwachung verletze den Wesensgehalt des Rechts auf Achtung des Privatlebens; fordert die Kommission auf, Vertragsverletzungsverfahren gegen die Mitgliedstaaten einzuleiten, in denen immer noch Gesetze zur Vorratsdatenspeicherung in Kraft sind;***

Or. en